

Meldungen

Susanne Thiel

Monsun-Regen mit verheerenden Folgen

Nach den geringen Niederschlägen in der Zeit des Wintermonsuns (Dezember, Januar und Februar) und der folgenden Dürrekatastrophe, die besonders die Provinzen Punjab und Sindh betraf, und die Bewässerungssysteme dort fast zum Zusammenbruch brachte, haben gewaltige Regenfälle in der letzten Juliwoche katastrophale Zustände hervorgerufen. Besonders die nördlichen Gebiete erlitten schwere Verluste durch große Regenmengen, die Flutwellen und Erdbeben verursachten. Über 200 Todesfälle wurden in der NWFP und den Northern Areas verzeichnet, zahlreiche Menschen gelten weiterhin als vermisst. Aber auch Islamabad und Rawalpindi sind von den Überschwemmungen betroffen; in den tiefer liegenden Gebieten Rawalpindis sollen mehr als 5000 Lehmhütten von den Fluten zerstört worden sein. Präsident General Pervez Musharraf besuchte die betroffenen Gebiete, sicherte sofortige Hilfsleistungen zu und sprach den betroffenen Familien sein Beileid aus. Ein Regierungsbeamter bezeichnete die plötzlich einsetzenden Regenfälle als die heftigsten in den letzten 10 Jahren. „Die Schäden können bislang kaum abgeschätzt werden, aber sie bewegen sich in Milliardenhöhe“, äußerte er bei einem Besuch im Notstandsgebiet Rawalpindi, das den Eindruck einer zerteilten Stadt vermittelte. Viele der wichtigen Brücken über den Fluß, der sonst eher einem unbedeutenden Bächlein gleicht, sind von den Fluten fortgerissen worden. Tausende von Rindern und Büffeln ertranken im Hochwasser. In den am stärksten betroffenen Stadtteilen wurden Hilfscamps eingerichtet, um die Bevölkerung mit dem Notwendigsten zu versorgen. Besonders in den nördlichen Gebieten haben die mobilen Einsatzteams Schwierigkeiten, manche Ortschaften zu erreichen, weil ganze Straßenabschnitte weggespült wurden. Die Situation der Eingeschlossenen ist aufgrund mangelnder Lebensmittel- und Frischwasserver-

sorgung und fehlender ärztlicher Betreuung verzweifelt. Auch in Dörfern der Distrikte Mansehra und Buner wurden viele Häuser zerstört, Menschen und Tiere unter den zusammenberechnenden Häusern begraben; zahlreiche Opfer ertranken in den Fluten oder wurden von Blitzen erschlagen. Schäden an Behausungen und Geschäften wurden auch aus den Orakzai- und Khyber-Stammesgebieten gemeldet.

Hilfstruppen der Armee, NGOs und Zivilisten bemühen sich darum, die Situation in den am schlimmsten betroffenen Orten zu mildern und obdachlosen Opfern zu helfen.

Sunnitisch-schiitische Attentate in Karachi

In den letzten Wochen wurden zwei prominente Bewohner Karachis erschossen - beide waren Angehörige der schiitischen Minderheit im Land. Syed Zaffar Hussein, Forschungsdirektor im Verteidigungsministerium, wurde im Alter von 50 Jahren auf offener Straße erschossen, als er sein Haus im Zentrum von Karachi verließ. Von den Tätern, die den Ort des Geschehens auf Motorrädern verließen, fehlt jede Spur; die Polizei vermutet Angehörige der militanten sunnitischen Gruppierung Sipah-e-Sahaba hinter dem Anschlag. Die Mitglieder dieser relativ kleinen Organisation sind mit Waffen bestens ausgerüstet und gelten als extrem militant.

Eine Woche zuvor wurde Shaukat Mirza, Geschäftsführer von Pakistan State Oil, der größten Öl-Gesellschaft des Landes, ebenfalls in Karachi niedergeschossen.

In den vergangenen Jahren wurden - besonders in Karachi - Hunderte von Menschen Opfer religiös motivierter Anschläge durch extreme Vereinigungen. Die meisten Todesopfer sind aus den Reihen der schiitischen Minorität zu beklagen. Eine der führenden militanten schiitischen Gruppierungen, *Tehrik-e-Jafria Pakistan*, und die *Organisation for Shiite Muslim Law in Pakistan*, haben der

amtierenden Regierung ihre Gleichgültigkeit, Handlungsunfähigkeit und Selbstzufriedenheit vorgeworfen. Die zahlreichen Attentate mit religiösem Hintergrund haben die Regierung veranlaßt, ein Gesetz zu entwerfen, das sektiererische Gruppierungen verbietet. Einer Aussage der Justizministerin Shahida Jamil zufolge, soll das Gesetz im nächsten Monat in Kraft treten. Es bleibt unklar, wie die Regierung dieses neue Gesetz umsetzen will.

PML kritisiert Regierung

Die Ermordung sechs prominenter Pakistaner in nur fünf Tagen wurde von einem Sprecher der *Pakistan Muslim League* (PML) zum Anlaß genommen, die Regierung der Unfähigkeit anzuklagen, ihre BürgerInnen vor terroristischen Akten zu schützen.

Am 26. Juli wurden der Geschäftsführer von *Pakistan State Oil*, Shaukat Mirza, und sein Fahrer in Karachi ermordet. Nur zwei Tage später wurde den PML-Aktivist Muhammad Siddique Khan Kanju und Aslam Joya in einem überfüllten Bazar in Lodhran aufgelauert und sie ebenfalls in hellem Tageslicht erschossen. Das Opfer bisher unbekannter Täter wurde Zafar Hussain Zaidi, Forschungsdirektor im Verteidigungsministerium am 30. Juli. Am selben Tag wurde der religiöse Shia-Führer Syed Rizwan Shah in Lahore auf dem Weg in eine Moschee erschossen.

Eine Kette von schrecklichen Ereignissen, die wahrscheinlich wieder wenig Aussicht auf Aufklärung haben werden. Ein Sprecher der PML äußerte Besorgnis, daß die nichtendenwollende Abfolge von Ermordungen, Entführungen und diversen terroristischen Akten das Image Pakistans im Ausland stark beschädigt hat. Pakistan gelte als unsicheres Land ohne Gesetze. Die jetzigen Machthaber sprächen nur leere Drohungen aus, blieben aber selbst zurückgezogen in ihren Trutzburgen. Die Regierung hätte darin versagt, Ruhe und Ordnung im Land herzustellen, und es dafür tiefer in eine

politische und wirtschaftliche Krise getrieben.

Inzwischen hat *Lashkar-i-Jhangri*, eine in Pakistan als terroristisch bezeichnete Vereinigung, die Verantwortung für die Morde in Karachi an Shaukat Mirza und Zafar Hussain Zaidi übernommen. Lashkars Anführer, Riaz Basra, teilte in einer Presseerklärung mit, daß die Taten eine Vergeltungsaktion darstellen für das Todesurteil an Haq Nawaz, der ihren Reihen entstammt. Er war im Februar diesen Jahres für den Mord an Sadiq Ganji, einem iranischen Diplomaten, verurteilt und gehängt worden.

General zum Präsidenten ernannt

Pervez Musharraf, pakistanischer Militärmachthaber, hat am 20. Juni das Amt des Präsidenten übernommen. Der General legte vor dem Obersten Richter des Landes seinen Amtseid ab, nachdem Staatspräsident Rafiq Tarar zurückgetreten war. Tarar wurde von der zivilen Regierung von Nawaz Sharif eingesetzt, der sich mitsamt seiner Familie vor einigen Monaten ins Exil nach Saudiarabien zurückgezogen hat. Einige Stunden vor der Übernahme des obersten Staatsamtes hatte die Militärregierung die bereits zuvor suspendierten Parlamente des Landes in aller Form aufgelöst, um eine rechtmäßige Machtübertragung zu ermöglichen. Musharraf behält das Amt des Chief Executive und des Oberbefehlshabers der Streitkräfte bei. Über die Amtsübernahme des Generals war in der Vergangenheit immer wieder spekuliert worden, deshalb erfolgte der Schritt letztendlich nicht überraschend. Er wird in Verbindung gebracht mit dem am 14. Juli abgehaltenen Gipfeltreffen in Indien, bei dem er mit den protokollarischen Ehren eines Regierungschefs empfangen wurde. Er traf sich mit Premier Vajpayee als Staatsoberhaupt, dessen Amtszeit fünf Jahre betragen kann - dies wertete sein Image auf und verlieh seiner Verhandlungsposition mehr Gewicht.

Musharraf löste zwar vor seiner Vereidigung das nationale und die regionalen Parlamente auf, bekannte sich aber zum Zeitplan für Wahlen. Das höchste Gericht hatte die Rückkehr zur Demokratie bis zum Oktober 2002 angeordnet. Mit seinem neuen Titel verfolgt Musharraf offensichtlich auch längerfristige Ziele. Durch die Wahlen will er zwar die Macht an das Parlament zurückgeben, scheint

sich aber zu bemühen, nicht die Fehler seiner Vorgänger -Generäle, die zu Staatspräsidenten wurden - zu wiederholen: diese hatten nach einer Periode des militärischen „Reinmachens“ das Heft wieder an die Politiker abgegeben. Er übernahm das Präsidentenamt vielleicht, um nach der Rückkehr zur Demokratie die Regierungsfäden in der Hand zu behalten. Die bereits laufenden Lokalwahlen scheinen ein bis jetzt wenig erfolgreicher Versuch zu sein, eine gewisse „Basisdemokratie“ neben den etablierten Parteien zu üben. Es wird erwartet, daß Musharraf als nächstes einen zivilen Regierungschef einsetzt, dann Parlamentswahlen abhalten und sich von den Abgeordneten nachträglich legitimieren läßt und schließlich nur das Amt des zivilen Präsidenten behält.

Pakistanisch-indische Gespräche

Am 14. Juli wurde Pakistans Staatspräsident Pervez Musharraf mit allen protokollarischen Ehren eines Regierungschefs in Indien empfangen. Um sich für das indisch-pakistanische Gipfeltreffen zu legitimieren und seinem Standpunkt mehr Nachdruck zu verleihen, hatte sich der militärische Machthaber vom General in einen Staatpräsidenten verwandelt und sich selbst die Krone des höchsten Amtes aufs Haupt gedrückt.

Die mit viel Spannung erwarteten Gespräche - die ersten seit zwei Jahren - verliefen in einer Sackgasse. Es bleibt aber die Hoffnung, daß der Dialog zwischen den seit 54 Jahren verfeindeten Ländern, die drei Kriege gegeneinander führten, fortgesetzt wird, und sich irgendwann einmal eine Lösung des Kashmir-Konfliktes abzeichnet.

Die drei Tage, die Indiens Premierminister Vajpayee und Präsident Musharraf in Agra verbrachten, nahmen kein positives Ende, weil - so Indiens Außenminister Jaswanth Singh - die indische Seite darauf bestand, im Gipfel-Dokument festzuhalten, daß der *cross-border terrorism* - die Bezeichnung für militante muslimische Kräfte, die ihre Basis in Pakistan haben und in Kashmir kämpfen - nicht akzeptabel ist und Pakistan diese Aktionen zum Stillstand bringen mußte. Pakistan dagegen bezeichnet die Akteure als Freiheitskämpfer. Obwohl die beiden Staatsoberhäupter nicht in freundlicher Stimmung auseinander gegangen sein sollen, äußerte sich der pakistanische

Sprecher Major General Rashid Qureshi: „Das Eis ist gebrochen und beide Seiten haben positive Absichten“. Auch Jaswanth Singh auf der indischen Seite bekräftigte, „daß die losen Dialog-Fäden des Gipfels aufgegriffen werden sollen und in neuen Gesprächen an einer friedlichen Beziehung, die Kooperation und Freundschaft beinhaltet, gearbeitet wird“. Beide Staatschefs treffen sich bei den United Nations im September und Premierminister Vajpayee akzeptierte eine Einladung nach Pakistan gegen Ende des Jahres.